

Muss Mut bei uns Mangelware
sein?

Die Schweiz nach den
Bundesratswahlen

Maia Wicki

Stellen wir uns vor, das neu be-
stellte Parlament hätte allen sieben
Bundesräten am 4. Dezember eine
klare Abwahl beschert, ver-
dienter- oder unverdientermassen.
- das seit langem schwelende hel-
vetische Malaise hätte sich so, auf
höchster Ebene, zu einem Eclat
verdichtet und die Notwendigkeit
eines Neubeginns geschaffen. -
Parlament und Bevölkerung wären
gezwungen gewesen, sich über
unsere Demokratie, über die
Ziele, die wir in Zukunft
anstreben, über die Inhalte der
Parteienprogramme, über die
Ängste, Unklarheiten und
Überforderungen, die die
politischen Geschäfte zu einem
grossen Teil bestimmen, Re-
chenschaft abzulegen.
Das wäre - vielleicht - eine
Chance gewesen, mit
ideenreichen, unerschrockenen
und belastbaren Frauen und
Männern demokratische
Regierungsverantwortung neu zu
definieren und auszurichten. (Es
hätte auch ein Risiko sein können,
angesichts der Tendenzen, die sich
von extrem rechts angesiedelten
Gruppierungen und Parteien schon
bei den eidgenössischen Wahlen
vom 20. Oktober ausgewirkt
haben).

Im Konjunktiv zu reflektieren ist müssig. Tatsache ist, dass Adolf Ogi, Arnold Koller, Flavio Cotti, Kaspar Villiger, Jean-Pascal Delamuraz, René Felber und Otto Stich als Bundesräte für weitere vier Jahre in ihrem Amt bestätigt wurden, mit einem Stimmenanteil in der Reihenfolge der Aufzählung. Das Mass der Zustimmung, das der einzelne Bundesrat durch das Parlament erhielt, hat aber offensichtlich weder mit der Qualität der bis anhin geleisteten Arbeit noch mit der Glaubwürdigkeit, der Intelligenz, dem Mut oder anderen Vorbildlichkeiten zu tun (sonst müsste, denke ich, Otto Stich das glanzvollste Resultat vorweisen können), sondern mit schwer fassbaren Kategorien, die sich als persönliche Beliebtheit (zum Beispiel Adolf Ogi) oder als minimale Irritation (zum Beispiel René Felber) auswirken.

Die Tatsache der vorliegenden Wahlergebnisse, die einmal mehr das helvetische Beharrungsvermögen im Mittelmässigen, Erprobten und Gewohnten beweisen, macht es nicht weniger dringend, über die Demokratie nachzudenken. Sie ist unser kostbarstes politisches Gut. Auch der eben im Amt bestätigte Bundesrat ist nichts anderes als das oberste demokratische Exekutivorgan, dessen Macht ihm durch das Volk, das heisst durch dessen Vertreterinnen und Vertreter, auf Zeit zugebilligt ist,

als austauschbares und rechen-
schaftspflichtiges Amt.
Das Volk hat tatsächlich die
Regierung, die es verdient, so
trivial dies auch tönt, und die
Krise, die die einzelnen Menschen
in unserem Land verunsichert -
angesichts der vielen
beängstigenden Unbekannten, wie
der sich beschleunigenden
Europapolitik, der entmutigenden
Wirtschaftslage auch in der
erfolgsgewohnten Schweiz, der
grossen weltweiten
Migrationsströme, die aus Opfern
von Gewalt und Armut ständig an-
wachsen und auch unser Land
streifen, der brodelnden Entwick-
lung im destabilisierten Osteuropa
und vieler weiterer beängstigender
Erscheinungen -, diese Krise wi-
derspiegelt sich auch im Handeln
und Nicht-Handeln unserer Regie-
rungsmitglieder. Ich denke, dass
es zutiefst eine Krise der Demo-
kratie ist.

Demokratie lebt nur aus der stän-
digen Korrektur der Fehler und
Irrtümer, die sie begeht, das heisst
aus dem unaufhörlichen Lernen.
Das setzt wache, lernwillige Men-
schen voraus, die sich bewusst
sind, dass die Gemeinschaft, die
sie bilden, sich nicht anders erhal-
ten kann als durch einen aktiven
Gemeinsinn. Dieser beinhaltet
sowohl die Sorge um das eigene
Wohl wie die Verantwortung für
das Wohl der ganzen Gemein-
schaft, der Frauen, Männer und
Kinder, die in diesem Land
miteinander leben und gegenseitig
aufeinander angewiesen sind, ob

sie zur - politisch privilegierten -
einheimischen Bevölkerung zählen
oder zur - mehr oder weniger
rechtlosen - ausländischen, ob sie
materiell gesichert oder
lohnabhängig und eventuell gar
fürsorgeabhängig seien.
Demokratie ohne Gemeinsinn
wird zur ausschliesslichen
Verteidigung von Eigeninteressen
oder zur Konsumdiktatur. Sie
schläft ein, erschläft und erstarrt.
Vaclav Havel, der heutige
tschecho-slowakische
Staatspräsident, beklagte schon
1978, als er als Dissident zu einer
vierzehnmonatigen Ge-
fängnisstrafe verurteilt wurde, den
Mangel an Erneuerungskraft, der
eine "verschlafene Gesellschaft,
die in die Jagd nach Konsumwer-
ten vertieft ist", lähmt. Was Havel
in seinem, während der Haft ver-
fassten "Versuch, in der Wahrheit
zu leben" festhielt, ist zum Teil
auch in der heutigen Situation,
auch hier in der krisengeprägten
Schweiz, gültig. Zwar brauchen
wir keine Dissidenzbewegungen,
da unsere Verfassung und
Gesetzgebungen (fast) alle
politischen Rechte garantieren.
Wir brauchen "nur" ein waches
Bewusstsein, und dieses ist legal.
Und wir brauchen auf allen
Stufen zusätzlichen Mut - im Sinn
des Gemeinsinns, der die Ängste
und Schranken der engstirnigen
Selbstsorge übersteigt.

Dieser Mut ist bei uns Mangel-
ware. Die zögerlichen und häufig
halbherzigen Entscheide in allen
Bereichen, auch auf der Ebene der

bundesrätlichen Kompetenzen (in der Europapolitik, bei der Asyl- und Ausländergesetzgebung, im Bereich der Ökologie oder des Militärwesens), kranken an diesem Mangel. Wir tun uns schwer, auf materielle Privilegien zu verzichten - das heisst, die aufgeblähte, zunehmend defensivere und ängstlichere Selbstsorge, die uns in die Isolation abgedrängt hat, abzubauen -, um dafür erneuerungs- und reformfähig zu werden. Denn gerade dies macht Angst. Erneuerungs- und Reformfähigkeit implizieren für die Schweiz Bereitschaft zu wirklich gelebter Solidarität: nicht nur theoretisch, nicht nur deklamatorisch, sondern in politischen Verträgen, in Handelsabkommen und in persönlichem Engagement tatsächlich umgesetzt. Sie bedeutet Anerkennung des gleichen Rechts aller Menschen auf ein "freies und wahrhaftiges Leben" (nach Vaclav Havels Formulierung) und damit die Verpflichtung, den ständig wachsenden Gegensatz zwischen Reich und Arm, zwischen Überfluss und Not durch konkrete Massnahmen, das heisst durch Verzichtleistungen der Besitzenden zu Gunsten der Armen, durch Förderung von Bildung, von Weiterbildung und von Arbeitsmöglichkeiten auszugleichen. Dass damit die Ursache der Verbitterung, der Aufhetzung und Gewalt zu einem grossen Teil beigelegt werden können, deren

Folgen auch in unserem Land zu spüren sind (wie es sowohl alltägliche Ereignisse in allen Landesgegenden wie auch die Wahlen vom 20. Oktober zeigen), die aber vor allem unsere näheren und weiteren Nachbarnländer erschüttern, ist der grosse "egoistische" Gewinn gelebter Solidarität.

Einen anderen Weg, um mittel- und langfristig unsere politische und wirtschaftliche Entscheidungsfreiheit zu erhalten, die nur im Frieden gedeihen und weiterwachsen kann, gibt es nicht: Nur über die Lernfähigkeit und Erneuerungsfähigkeit, die eine gelebte Demokratie auszeichnet. Nur dank der Tatsache, dass innerhalb des demokratischen Systems die Einsicht und das Verantwortungsgefühl auch einer Minderheit die Mehrheit zu einer Veränderung ihres festgefahrenen Kurses überzeugen kann, durch die Kraft der Argumente, die die emotionale, angstbestimmte Abwehr jeglicher Veränderung zu überwinden vermag - hoffentlich noch in der nächsten Amtszeit der sieben neu gewählten Bundesräte, *Die eigentliche* "Zauberformel", ~~hin oder her~~ *denke ich, besteht* *in Mut.*